

Zur Sache WWU – drei Debatten, drei Kontexte

„Senat diskutierte Namensänderung – Bleibt Universität Wilhelm II. treu?“ und „„Nicht vor der Diskussion drücken“ titeln die Münstersche Zeitung und die Westfälischen Nachrichten – allerdings nicht aktuell oder im vergangenen Jahr, sondern im Jahr 1997. Und

auch dies war nicht die erste Debatte um Wilhelm II. als Namensgeber der Universität in Münster. Soweit bekannt, wird seit der Namensverleihung 1907 derzeit zum dritten Mal in den Leitungsgremien der Universität über den Universitätsnamen diskutiert.



1952 Die erste Debatte um den Namen „Westfälische Wilhelms-Universität“ fand kurz nach dem Zweiten Weltkrieg statt. 1945 wurde die Universität in Münster als „Westfälische Landesuniversität Münster“ wiedereröffnet. Dass dieser Name nach dem Zusammenschluss Westfalens mit dem Rheinland zum Land Nordrhein-Westfalen vielleicht zu provinziell erschien ist denkbar, aber nicht belegbar. Jedenfalls wurde 1949 vom Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät im Senat beantragt, zum alten Namen „Westfälische Wilhelms-Universität“ zurückzukehren. Die Senatsmitglieder waren aber mehrheitlich der Meinung, dass dies „nicht zweckmäßig“ sei – so das Protokoll der Sitzung – und der Antrag wurde abgelehnt. Ab dem Sommersemester 1950 erschienen die Vorlesungsverzeichnisse mit „Universität Münster“ auf dem Umschlag.

Aber auch in den darauffolgenden Jahren haderten die Juristen mit der Situation

← Umschlagvorderseiten der Vorlesungsverzeichnisse Sommersemester 1950 (Universitätsarchiv Münster) und Wintersemester 1952/53 (Universitäts- und Landesbibliothek Münster)



30

und berieten darüber, wie es rechtlich um den Namen der Universität bestellt sei: Hatte der Rektor 1945 das Recht, den Namen zu ändern? War der Senat 1945 überhaupt informiert? Offensichtlich gab es keine formellen Gründe, die eine Rückkehr zum Vorkriegsnamen notwendig machten. Und so schlug Friedrich Klein, amtierender Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, während der Senatssitzung am 14. Mai 1952, als es unter anderem um die ↑ Schloss Münster um 1952, Fotografin unbekannt, Quelle: Universitätsarchiv Münster

Planungen zum 50jährigen Jubiläum der Wiedererhebung zur Universität ging, die Rückbenennung in „Westfälische Wilhelms-Universität“ vor. Es kam zur Abstimmung und mit einer Gegenstimme sowie zwei Enthaltungen wurde die Universität umbenannt.

Ob diese Umbenennung Thema in der breiteren Öffentlichkeit war, ob es gar zu einer Debatte kam, wie wir sie heute kennen, ist bisher nicht bekannt. Die Umbenennung ereignete sich aber nicht im luftleeren Raum, sondern kann in größere gesellschaftliche Prozesse eingeordnet werden.

Hier lohnt es sich, neben der Betrachtung der Geschichte der frühen Bundesrepublik, auch einen Blick auf das Haus der Hohenzollern zu werfen. Die Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 und die Wahl Konrad Adenauers zum ersten Bundeskanzler gelten als Wende in der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. Viele der Kriegsgefangenen waren heimgekehrt, ein großer Teil der Urteile gegen NS-Kriegsverbrecher wurde deutlich abgemildert und Personen, die vor Ende des Zweiten Weltkriegs Karriere gemacht hatten, konnten diese fortsetzen – so auch z.B. Friedrich Klein, der 1944 auf eine Professur nach Münster berufen worden, diese aber erst 1951 nach seiner Entnazifizierung antreten konnte. Es herrschte allgemein eine gewisse „Schlussstrichmentalität“. Auch wurde vor allem von konservativen Kreisen nach positiven und identitätsstiftenden Momenten der deutschen Geschichte abseits des Nationalsozialismus gesucht – und in Preußen, insbesondere dem Kaiserreich, gefunden. In dieser Zeit bemühten sich auch die Hohenzollern um ein positives Bild der eigenen Familie, wie jüngst der Historiker Stefan Malinowski in seinem Buch „Die Hohenzollern und die Nazis“ detailliert herausgearbeitet hat. Es gelang den Hohenzollern und ihren Berater*innen sogar, die Familie des letzten deutschen

Kaisers in die Nähe des Kreises um die Attentäter des 20. Juli 1944 zu rücken – ein Narrativ, das wissenschaftlich zwar unhaltbar ist, sich aber in der Nachkriegsgesellschaft durchsetzen konnte. 1951 wurde Louis Ferdinand Prinz von Preußen neuer „Chef des Hauses“ und weckte bei Anhänger*innen der Monarchie Hoffnungen – er war in der Öffentlichkeit präsent, wurde von Wirtschaft und Politik hofiert und in konservativen Kreisen sogar bei der Wahl von Theodor Heuss zum Bundespräsidenten 1954 als Gegenkandidat gehandelt.

Darüber, ob diese Entwicklungen Einfluss auf die Rückbenennung der Universität im Jahr 1952 hatten, schweigen die Quellen. Von einem positiven Preußenbild der Akteur*innen sowie einer vergleichsweise konservativen Einstellung kann ausgegangen werden. Und die mit dem beginnenden Wirtschaftswunder bis in liberale Kreise hinein verbreitete „Wir sind wieder wer!“-Haltung sowie die Vorstellung von einer Rückkehr der Universität Münster in den Kreis der alten deutschen Universitäten mit Traditionsnamen wird die Zustimmung zur Rückbenennung erleichtert haben. Interessant scheint, dass bisher – abgesehen von der Namensentscheidung – für diese Zeit keine positive Bezugnahme der Universität auf Wilhelm II. erkennbar ist. Statt dessen war, ähnlich wie beim Universitätsjubiläum 1930, der Fokus aktiver Traditionspflege ganz auf Franz von Fürstenberg ausgerichtet.

1997 Im Universitätsarchiv finden sich vereinzelt Hinweise auf weitere Debatten und Kritik am Namensgeber, doch erst in den Jahren 1996/97 wurde wieder im Senat über den Namensgeber der Universität diskutiert. Die Initiative ging diesmal von den Studierenden aus: Die Grüne Alternative Liste stellte den Antrag, die Universität nach Henriette Hertz, einer Jüdin aus Münster, zu benennen. Der Senat beschloss die Einsetzung einer Kommission, die in ihrem Bericht bestätigte, dass Wilhelm II. als Namensgeber problematisch sei, aber auch die traditionsbildende Wirkung des Namens betonte. Der Bericht endet mit der Empfehlung, den Namen Westfälische Wilhelms-Universität abzulegen. Dennoch beschloss der Senat, über den Antrag zur Namensänderung nicht abzustimmen, und gab die Entscheidung ins Rektorat weiter – mit bekanntem Ergebnis. Diese hier knapp skizzierten Abläufe wurden damals aufmerksam von der Lokalpresse begleitet und auch in zahlreichen Leser*innenbriefen diskutiert.

Doch warum entflammte die Debatte gerade zu damaligen Zeitpunkt? Auch hier lohnt der Blick auf die damals vorherrschenden Diskurse: Mit der Wiedervereinigung 1989 wurde es Historiker*innen möglich, in Archiven des ehemaligen Ostblocks zu arbeiten. Seit 1995 wurde die als Wehrmachtsausstellung bekannte und stark diskutierte Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der

Wehrmacht 1941 bis 1944“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung gezeigt, 1996 erschien Goldhagens Buch „Hitlers willige Vollstrecker – Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust“. Der Antisemitismus und die Verbrechen der „einfachen“ Deutschen dominierten 1996 die Debatten. Für die WWU war dies deshalb wichtig, weil 1994 in der Zeitung „Die Zeit“ ein Dossier mit dem Titel „Wilhelm II: Das Beste waere Gas!“, von John Röhl, einem international anerkannten Spezialisten für Wilhelm II. und seine Zeit, erschien. Mit diesem Dossier wurden die antisemitischen Äußerungen des ehemaligen Kaisers erstmals auch einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht. Kopien eines wissenschaftlichen Aufsatzes Röhls mit gleichem Inhalt lagen den Senatsmitgliedern und dem Rektorat vor, es überrascht also nicht, dass die Senatskommission in ihrem Bericht den Antisemitismus Wilhelms II. in den Mittelpunkt stellte, erschien der Kaiser doch in der Darstellung Röhls gleichsam als Wegbereiter des Nationalsozialismus und des Holocausts.

Interessant ist, dass das Thema „Kolonialismus“ bzw. die Kolonialverbrechen an den Herero und Nama während Wilhelms Herrschaft in der damaligen Debatte kaum Beachtung fand, obwohl ein Mitglied der Senatskommission vehement darauf hingewiesen hatte. Möglicherweise stand man noch zu sehr unter dem Eindruck der deutschen Wiedervereinigung und dem Umzug



↑ Bundeskanzler Helmut Kohl (rechts) neben Louis Ferdinand Prinz von Preußen (Mitte) während der Umbettung der sterblichen Überreste Friedrichs des Großen von Burg Hohenzollern in den Garten von Schloss Sanssouci bei Potsdam am 17. August 1991 | Foto: dpa

32

der Hauptstadt nach Berlin, mit dem auch die Frage nach dem (politischen) Umgang mit der preußischen Vergangenheit neu gestellt wurde. Bilder von Bundeskanzler Helmut Kohl als Ehrengast der Familie Hohenzollern am Grab Friedrichs des Großen (s.o.) gingen um die Welt – ein Ansatz positiver Erinnerungskultur, der durch den nachgewiesenen Antisemitismus Wilhelms II. empfindlich gestört wurde.

2022 Auch die seit 2018 bis heute geführte Debatte wurde von Studierenden angestoßen; diese brachten

nach vorheriger Debatte im Studierendenparlament einen Antrag in den Senat ein, die Universität möge einen zeitgemäßen Umgang mit ihrem Namensgeber entwickeln. Eine Senatsarbeitsgruppe wurde gebildet, die sich dem Antrag der Studierenden anschloss, aber der Ansicht war, dass die Debatte mit vertieften Informationen zu Wilhelm II. und seinem Platz in der Universitätsgeschichte angereichert werden solle. Der Senat stimmte dieser Einschätzung zu und reichte den Arbeitsgruppenbericht zusammen mit Vorschlägen für Diskussions- und Informationsformate an das Rektorat weiter. Dieses wiederum stellt die erforderlichen Projektmittel zur Verfügung, sodass seit dem 1. Januar 2021 unter der Überschrift „Zur Sache WWU“ über den Namensgeber der Universität diskutiert wird. Und auch hier stellt sich die Frage, wieso die Diskussion um den Namensgeber der Universität gerade in unserer Zeit wieder aufkommt?

Wieder gibt es verschiedene Entwicklungen und gesellschaftliche Diskurse, die zum Verständnis der erneuten Namensdebatte wichtig sind: 2012 führte die Umbenennung des großen Parkplatzes vor dem Schloss von Hindenburg- in Schlossplatz zu einer hitzigen öffentlichen Debatte, diesmal auch in den Neuen Medien. Damals war Münster zwar nicht der einzige Ort, an dem über Straßennamen gestritten wurde, aber die Heftigkeit der in Münster geführten Debatte erregte bundesweit Aufmerksamkeit

– auch weil es inzwischen üblich geworden war, dass Unternehmen ihre Geschichte aufarbeiten ließen, Kommunen einen kritischen Blick auf ihre Stadtpläne warfen und auch der Sinn vieler Denkmälde hinterfragt wurde. Oft führten diese Initiativen zu jahrelangen Auseinandersetzungen, wie das Beispiel der Universität Greifswald zeigt, die 2018 nach fast 10 Jahren Diskussion den Namen Ernst-Moritz-Arndt-Universität ablegte. Aktuell wird auch in Münster wieder über Straßennamen diskutiert.

Im Mai 2021 hat die deutsche Bundesregierung sich nach langen Verhandlungen verpflichtet, die „politische und moralische“ Verantwortung für die Verbrechen des deutschen Kaiserreichs an Herrero und Nama zu übernehmen, die jetzt auch offiziell als Völkermord bezeichnet werden. Damit reagierte die Politik nicht nur auf die durch die Black-Lives-Matter-Bewegung in den USA angestoßenen Debatten um einen in der westlichen Kultur tief verwurzelten rassistischen Bias, sondern vor allem auf Forschungsergebnisse internationaler Historiker*innen, die die Aufarbeitung auch des deutschen Kolonialismus vorantrieben. Besondere Wirkung hatte auch die im Zusammenhang der Eröffnung des Humboldt-Forums in Berlin in allen Medien geführte Auseinandersetzung um den Umgang mit Sammlungsobjekten aus ehemaligen Kolonien – egal ob geraubt oder auf dem Kunstmarkt erworben. Die Bereitschaft zur Rück-



↑ Altes und neues Straßenschild während der Schlossplatzdebatte in Münster 2012 | Foto: WI-Klmanniac CC BY-SA 3.0.

gab dieser Objekte – am prominentesten wohl die Benin-Bronzen – und die damit verbundene engere kulturelle Zusammenarbeit mit den betroffenen Staaten markiert auch einen Wandel in der Afrikapolitik Deutschlands und Europas.

Standen also bei der Befassung mit dem Universitätsnamen 1952 und 1997 nationale Fragen bzw. Befindlichkeiten im Vordergrund, wird in der aktuellen Debatte auch eine globale Dimension sichtbar. Neu ist auch, dass sie von Mitgliedern aller Statusgruppen der Universität getragen wird. Meinungsunterschiede zeigen sich innerhalb der Studierendenschaft ebenso, wie unter den Mitarbeiter*innen in Forschung, Lehre

und Verwaltung oder zwischen den Professor*innen.

Die Öffentlichkeit ist diesmal ausdrücklich eingeladen, sich zu beteiligen: Auf der Projekthomepage (www.uni-muenster.de/ZurSacheWWU) sind Informationen zu Fragen rund um den Uni-Namen bereitgestellt, zu denen man sich in Kommentarfeldern äußern kann. Im Laufe des Sommers wird es verschiedene öffentliche Diskussionsveranstaltungen geben und eine Ausstellung soll nicht nur über Wilhelm II. und seine Beziehung zur WWU informieren, sondern auch Ort lebendiger Diskussionen sein.

Angesichts der Diskussionen um Straßennamen und Denkmäler, die derzeit nicht nur in Münster geführt werden, ist es in der Debatte zur Sache WWU eine große Herausforderung, die sehr konkrete Ausgangsfrage nicht aus den Augen zu verlieren: Wie kann ein zeitgemäßer Umgang mit dem Namensgeber der WWU heute aussehen? Dabei sollte man auch im Blick behalten, dass eine Universität keine Straße ist und auch kein Denkmal, kein Unternehmen und kein Gebäude. Eine Universität ist eine Gemeinschaft von Menschen, die studieren, lehren und forschen, um mit wissenschaftlichen Methoden ihren Beitrag zur Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen für die Zukunft zu leisten.

| Kathrin Schulte und Eckhard Kluth

Neues zur Namensgeschichte:

Unbekannt war bisher, dass für die alte Universität und die Akademie Münster auch der Name Maximilan-Friedrichs-Universität bzw. Akademie in Gebrauch war, nach dem ersten Uni-Gründer Fürstbischof Maximilian Friedrich von Königsegg-Rothenfels. Kein offizieller Name, aber Mitte des 19. Jahrhunderts sogar im Brockhaus-Artikel zur Stadt Münster zu finden. Vor diesem Hintergrund gewinnen Notizen über die Verhandlungen zur Uni-Erhebung im Nachlass von Richard Lehmann (Uni-Archiv) an Bedeutung. Wie Lehmann berichtet, war man 1902 im Kultusministerium über Presseberichte verärgert, dass Stadt, Senat und Provinz die Verleihung des Kaiser-Namens für die Uni beantragen würden, statt zunächst diskret bei Hof vorzufühlen. Der Hinweis Lehmanns, dass in Münster auch Maximilian Friedrich als Namensgeber im Gespräch sei, könnte dort – angesichts des immer noch nicht ganz überwundenen Kulturkampfs Preußens gegen die katholische Kirche ein Politikum – als weiteres Druckmittel empfunden worden sein. Die Kabinetsordre zur Namensverleihung wurde am 29. August 1907, kurz bevor Wilhelm II. zum Herbstmanöver in Münster eintraf, der Universität vom Kultusminister überreicht. Wilhelm II. selbst erwähnte während des Besuchs „seine“ Universität und auch das für ihn sonst so wichtige Thema Wissenschaft mit keinem Wort. Wie dieses beredte Schweigen zu bewerten ist, ist noch unklar. | KS u EK